

ZIEL 15: KLIMASCHUTZ, WIRTSCHAFTSRAUM, LEBENSRAUM: BADEN-WÜRTTEMBERGS WALDPOLITIK

Peter Hauk, Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz des Landes Baden-Württemberg

Die Ziele der nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen bilden einen wichtigen politischen Referenzrahmen für die langfristige Entwicklung unseres Planeten, soweit dies in menschlicher Macht steht. Dabei ist es mir als Forstminister nicht unwichtig, darauf hinzuweisen, dass der Begriff der Nachhaltigkeit aus dem Forstwesen kommt. Für das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz des Landes Baden-Württemberg gehört nachhaltige Entwicklung als unverzichtbares Querschnittsthema zur Politik, die wir verfolgen. Ich möchte dies zunächst an unseren Zielen erläutern und dann auf das Thema Wald vertieft eingehen.

Eine ganze Reihe der SDGs überschneiden sich mit Themen, die auch von der Landesregierung Baden-Württemberg bearbeitet werden: beispielsweise die Land- und Forstwirtschaft, die Entwicklung ländlicher Räume und der Verbraucherschutz. Die SDGs bilden auch die Grundlage für die Bewertung der nachhaltigen Entwicklung in Baden-Württemberg. Die Nachhaltigkeitsberichterstattung des Landes Baden-Württemberg hat Pilotcharakter. Baden-Württemberg hat als erstes Bundesland, noch vor dem Bund, im Jahr 2014 einen umfassenden Nachhaltigkeitsbericht in Zusammenarbeit aller Landesministerien veröffentlicht.



Peter Hauk, Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz des Landes Baden-Württemberg (Foto © MLR)

Das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat sich als Ressort basierend auf fünf der insgesamt 17 Leitsätze einer nachhaltigen Entwicklung der Landesregierung in Baden-Württemberg, welche auf Grundlage der SDGs entwickelt wurden, eigene strategische Ziele gesetzt, die wiederum mit Maßnahmen unterlegt sind:

Erstens ist der Leitsatz „Klimaschutz als Querschnittsaufgabe“ zu nennen. Hier geht es um eine Berücksichtigung der Nachhaltigkeit bei Förderprogrammen wie dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE),

die Verringerung des Stickstoff-Überschusses in der Landwirtschaft und eine nachhaltige Bewirtschaftung von Waldökosystemen.

Sodann geht es uns um den Einsatz von Ressourcen und dessen Optimierung sowie darum, das Wirtschaftswachstum vom Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen zu entkoppeln. Wir legen ein Augenmerk auf eine bioökonomische Bauweise sowie eine Substitution endlicher Ressourcen durch nachwachsende Rohstoffe. Holz als Baustoff ist dabei Kernelement unserer Holzbauoffensive, die wir weiterhin vorantreiben.

Der dritte Schwerpunkt besteht darin, die Lebensgrundlagen und die vielfältige Natur sowie die einzigartigen Kulturlandschaften des Landes zu schützen und zu erhalten sowie Belastungen für Mensch, Natur und Umwelt auch über das Land hinaus möglichst gering zu halten. Dabei kümmern wir uns um die Stärkung der Biodiversität und der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung ökologischer Lebensmittel.

Viertens ist es uns wichtig, Bildungsgerechtigkeit für alle sowie Gestaltungskompetenz für nachhaltige Entwicklung zu fördern, wobei hier die Waldpädagogik im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung als Ansatzpunkt zu nennen ist.

Und schließlich wollen wir eine gesundheitsförderliche Lebenswelt ermöglichen. Wir kümmern uns in diesem Themenfeld insbesondere um eine flächendeckende Verankerung einer gesunderhaltenden, genussvollen und nachhaltigen Gemeinschaftsverpflegung in den Lebenswelten Kita und Schule, Arbeitsplatz sowie Klinik und Heim bis 2030.

Die Leitsätze und Ziele der Landesregierung sind mit 52 Statusindikatoren untersetzt und werden mit Daten, Hintergründen und Bewertungen auf der Homepage der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg veröffentlicht.

Waldpolitik und Waldbewirtschaftung

Der Wald hat für das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz im Lichte der SDGs eine hervorgehobene Bedeutung. Dabei steht die Förderung der Anpassung des Waldes als ökologisch außerordentlich wertvoller Lebens-, aber auch Erholungs- und Wirtschaftsraum an die fortschreitenden Klimaveränderungen an vorderer Stelle. Auch wenn jüngst insgesamt mehr Niederschläge in den Sommermonaten gefallen sind,

“ **Politik und Gesellschaft müssen sich klar darüber werden, dass der Wald eine ganz erhebliche Rolle im Klimawandel spielt.** ”

so gehörte der Sommer 2023 wieder zu einem der heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.

Um der Entwicklung Herr zu werden, ist eine drastische Reduktion der Treibhausgasemissionen erforderlich, sonst wird die von uns als extrem empfundene Witterung der letzten Jahre bald das neue Normal werden.

Der erfreuliche Rückgang der mittleren Nadel- und Blattverluste um 1,5 Prozentpunkte gemäß den Erkenntnissen der aktuellen Waldzustandserhebung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass dies immer noch einer der höchsten Werte seit Beginn der Erhebungen im Jahr 1985 ist.

Trotz einer leichten Verbesserung sind momentan 44 Prozent unserer Wälder deutlich geschädigt. Der starke Rückgang der Kronenverlichtungen bei den jüngeren Bäumen gibt uns indes Hoffnung für den Aufbau der kommenden Waldgeneration. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir die zukünftigen Herausforderungen nur mit einer aktiven Waldpflege bewältigen können.

Neben der aktiven Anpassung des Waldes an die Folgen des Klimawandels ist der Erhalt unserer Biodiversität eine weitere „Mammutaufgabe“, der sich die Landesforstverwaltung und der Landesbetrieb ForstBW gemeinsam stellen müssen. Trockenheit, Dürre und Borkenkäfer haben unserem Wald seit 2018 verheerende Schäden zugefügt. Den Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern und der Forstverwaltung wurde viel abverlangt. Mit dem „Notfallplan Wald“ haben wir damals schnell reagiert und als erste Hilfe eine ganze Reihe von Unterstützungsmaßnahmen für die Branche auf den Weg gebracht. Politik und Gesellschaft müssen sich klar darüber werden, dass der Wald eine ganz erhebliche Rolle im Klimawandel

spielt. Auf der einen Seite leidet der Wald massiv unter den Folgen des Klimawandels. Auf der anderen Seite bietet aber insbesondere die nachhaltige Waldbewirtschaftung die Chance, dem Klimawandel entgegenzuwirken, indem sie die Wälder aktiv an den Klimawandel anpasst, ihre Baumartenmischung erhöht und sie damit resilienter macht. Und dafür braucht die Forstwirtschaft, benötigen die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer, unsere Unterstützung – auch finanziell. Die Waldbewirtschaftung in Baden-Württemberg hat eine jahrhundertelange Tradition und hat die Wälder von heute geprägt. Diese hat vor dem Hintergrund neuer Anforderungen und Herausforderungen immer wieder Änderungen erfahren. Die Stärkung und Schaffung solcher Wald-Ökosysteme sind für die Landesregierung deshalb ein prioritäres Anliegen.

Es ist ein gesamtgesellschaftliches Interesse den Wald als Klimaschützer, Hort der Biodiversität, Lebensraum, Trinkwasserspeicher und Erholungs- und Arbeitsort vollumfänglich zu erhalten. Ich setze mich in diesem Sinne weiterhin auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass die Anliegen des Waldes und unserer Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer auch künftig Gehör finden. Nur gemeinsam können wir den wichtigen Lebensraum Wald zukunftsfähig machen. Mit der Waldstrategie 2050 wollen wir aktiv unterstützen. Sei es im Bereich künstliche Intelligenz oder Innovationen in der Laubholzverwendung. Wichtig ist mir, dass dabei alle Akteurinnen und Akteure an einem gemeinsamen Strang ziehen.

Das Land Baden-Württemberg bekennt sich also zu den SDGs, wobei das Ziel 15 „Leben an Land“ gerade bei der Waldpolitik einen besonderen Stellenwert für das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat.

“ **Nur gemeinsam können wir den wichtigen Lebensraum Wald zukunftsfähig machen.** ”

AKTUELLES

Bund: Strategie für die Arbeit mit der Zivilgesellschaft vorgestellt

Am 6. Mai stellte Entwicklungsministerin Svenja Schulze die neue Zivilgesellschaftsstrategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vor. Dies stellte den Auftakt für eine Reihe von Veranstaltungen dar, auf denen die Ministerin mit der deutschen Zivilgesellschaft ins Gespräch kommen will. Das Ziel ist dabei, in Deutschland und in den Partnerländern die Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Institutionen zu stärken. Die Strategie sieht vor, die Förderbedingungen für zivilgesellschaftliche Projekte zu vereinfachen. Dadurch soll künftig eine größere Vielfalt an zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren einbezogen werden. Darüber hinaus will das BMZ mit der Strategie die Rolle der zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen im Globalen Süden stärken und deren Handlungsräume schützen. Da zivilgesellschaftliche Organisationen häufig ein Gegengewicht zu antidemokratischen

und populistischen Tendenzen bilden, sieht das BMZ eine starke Zivilgesellschaft in den Partnerländern als unerlässlich an. Weitere Termine der Diskussionsreihe sind der 8. Juli in Dresden, der 4. September in Potsdam, der 17. September in Bonn und der 2. Dezember in München.

Info: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Stresemannstraße 94, 10963 Berlin, Tel. 030 185350, [poststelle\[at\]bmz.bund.de](mailto:poststelle[at]bmz.bund.de), www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/neue-strategie-fuer-arbeit-mit-der-zivilgesellschaft-209104

NRW-Medienpreis für entwicklungspolitisches Engagement: Bewerbung bis zum 22. August

In diesem Jahr wird der NRW-Medienpreis für entwicklungspolitisches Engagement am 23. Oktober 2024 im Rahmen des FILM FESTIVAL COLOGNE nach dem „Global Day. Stories for Change“ im historischen Filmpalast Köln vergeben. Es geht uns alle an: Die Halbzeitbilanz der Agenda 2030 ist ernüchternd, keines der 17 Globalen Ziele scheint bei dem derzeit zu beobachtenden Fortschritt erreichbar. Lediglich neun Prozent der Deutschen kennen überhaupt die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs). Um das zu ändern, soll die Bewegtbild- und Medienbranche mit den entwicklungspolitischen Akteurinnen und Akteuren vernetzt werden. Deshalb wird nun bereits zum fünften Mal der NRW-Medienpreis für entwicklungspolitisches Engagement gemeinsam mit dem Land Nordrhein-Westfalen ausgelobt. Die Auszeichnung ist ein Qualitätspreis für herausragende audiovisuelle Online-Inhalte und Social Media-Kampagnen aus Deutschland zu entwicklungspolitischer

Zusammenarbeit, den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung und Kooperationen mit den Ländern des Globalen Südens. Die drei Preise betragen 5.000 Euro, 3.000 Euro und 2.000 Euro. Bis zum 22. August 2024 können herausragende Bewegtbild-Kampagnen eingereicht oder vorgeschlagen werden. Die Preisregularien sowie das Einreichungsformular sind über den unten aufgeführten Link abrufbar. Die Einreichungsfrist 2024 ist der 22. August 2024.

Info: Social Globe Projects UG, Machabäerstraße 5, 50668 Köln, Ansprechpartner: Till Stein, Tel. 0221 78878510, [till.stein\[at\]social-globe-projects.com](mailto:till.stein[at]social-globe-projects.com), www.nrw-medienpreis.de

MATERIALIEN

Neuaufgabe der Broschüre zu den 17 SDGs in leichter Sprache

Gemeinsam mit dem Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung hat die Senatskanzlei Bremen eine Broschüre zu den 17 Zielen der Vereinten Nationen neu aufgelegt. Jedes der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) wird in leichter Sprache erklärt. Die Agenda 2030 wird damit auch Menschen mit Behinderungen oder geringen Sprachkenntnissen zugänglich gemacht. Die Publikation steht bereit zum Download auf den Seiten der Senatskanzlei und kann als Druckexem-

plar kostenfrei angefordert werden. Der Text der Broschüre wurde erstellt vom Büro für Leichte Sprache, Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e. V. in Zusammenarbeit mit der Senatskanzlei Bremen, dem Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung und dem Landesbehindertenbeauftragten der Freien Hansestadt Bremen.

Info: Senatskanzlei Bremen, Am Markt 21, 28195 Bremen, Tel. 0421 3616132, [office\[at\]jsk.bremen.de](mailto:office[at]jsk.bremen.de), www.rathaus.bremen.de/die-nachhaltigkeitsziele-der-vereinten-nationen-und-nachhaltiges-handeln-in-bremen-114975

ANGEBOTE

Portal Globales Lernen: Sammlung außerschulischer Lernorte in den 16 Bundesländern

Auf dem Portal gibt es die Möglichkeit, sich über verschiedene Bildungsmaterialien, Fortbildungen oder Aktionen zu informieren. Außerdem bietet das Portal Globales Lernen eine Sammlung an außerschulischen Lernorten an. Außerschulische Lernorte wie Biobauernhöfe, Museen oder Naturparks ermöglichen Kindern und Jugendlichen, praxisnah und interaktiv zu lernen. Sie fördern ein tieferes Verständnis für ökologische, soziale und ökonomische Zusammenhänge und stärken gleichzeitig ihre sozialen Kompetenzen. Unter dem Suchkriterium „Format: außerschulischer Lernort“ werden Lernorte außerhalb der Schule aufgelistet, die für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ohne große Eigenrecherche gefunden werden können. Eine Sortierung nach verschiedenen Kriterien wie Bundesland, Thema oder SDG vereinfacht die Suche. Das Portal Globales Lernen ist die Anlaufstelle für Lehrkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die Themen nachhaltiger Entwicklung in ihre Bildungsarbeit einbinden möchten. Zum Angebot gehören Unterrichtsmaterialien zum Download, Hinweise auf Aktionen und Kampagnen, Fortbildungsangebote und vieles mehr.

Info: World University Service (WUS) e. V., Portal Globales Lernen, Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden, Tel. 0611 40809694, [service\[at\]globaleslernen.de](mailto:service[at]globaleslernen.de), www.globaleslernen.de

AUS WELT, BUND UND LÄNDERN

BUND

Leitfaden für nachhaltige Textilbeschaffungen der Bundesregierung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat den Leitfaden der Bundesregierung für die öko-soziale Beschaffung von Textilien neu aufgelegt. Ziel ist es, beim Kauf von Textilien ökologische und soziale Kriterien stärker zu berücksichtigen. Der Leitfaden gilt für alle Behörden und Verwaltungen der Bundesregierung. Darin wird konkret beschrieben, wie soziale Standards beachtet werden können. Vor allem sollen Frauen davon profitieren, da diese mehrheitlich in der Textilindustrie tätig sind. Die Bundesregierung verpflichtet sich, bis 2026 jährlich mindestens die Hälfte aller Textilien nach den Vorgaben des Leitfadens zu beschaffen. Der Leitfaden ist über die unten aufgeführte Internetadresse abrufbar.

Info: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Stresemannstraße 94, 10963 Berlin, Tel. 030 185350, [poststelle\[at\]bmz.bund.de](mailto:poststelle[at]bmz.bund.de), www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/nachhaltige-und-gerechte-beschaffung-fuer-behoerden-209764

BADEN-WÜRTTEMBERG

Mehr als 40 Jahre AMAHORO! Landespartnerschaft

Baden-Württemberg und Burundi gehen seit mehr als 40 Jahren einen gemeinsamen Weg. Was als vereinzelte Kontakte zwischen Menschen begann, hat sich zu einem breiten Netzwerk aus Aktiven und Engagierten entwickelt. Eine Konstante zieht sich jedoch durch: Menschen aus beiden Regionen miteinander zu verbinden und damit Freundschaften und Partnerschaften zu ermöglichen. Der Beginn der Partnerschaft kann nicht auf ein genaues Jahr festgelegt werden. Vielmehr hat sich die Partnerschaft Stück für Stück durch Beziehungen, die bereits vor den 1980er Jahren durch gegenseitige politische Besuche geknüpft wurden, entwickelt. Bis zur Unterzeichnung der Partnerschaftsvereinbarung am 16. Mai 2014 gab es bereits einige Meilensteine, auf die die Partnerschaft zurückblicken kann. In über 40 Jahren Partnerschaft hat sich ein breites Netzwerk an gemeinnützigen Organisationen, Vereinen, religiösen Einrichtungen, Start-ups sowie Kommunen und Ministerien gebildet. Das Jubiläumsjahr wird von Veranstaltungen und Aktivitäten begleitet. Anlässlich dieses Jubiläums werden burundibezogene Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit mit einer Förderung von bis zu 2.000 Euro unterstützt. Am 25. September wird in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin die AMAHORO! Landespartnerschaft gefeiert.

Info: Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ), Werastraße 24, 70182 Stuttgart, Ansprechpartnerin: Anna Leicht, Tel. 0711 2102911, [leicht\[at\]sez.de](mailto:leicht[at]sez.de), www.sez.de/burundi/angebote/foerderung-im-jubilaumsjahr

BREMEN

Bürgerschaftspräsidentin Antje Grotheer zu Besuch in Namibia

Bremens Bürgerschaftspräsidentin Antje Grotheer hat am 12. April 2024 im Rahmen ihres Antrittsbesuches in Windhoek (Namibia) an der Eröffnung eines Waste Buy-Back Centre, also eines Abfallrückkaufzentrums, teilgenommen. An der offiziellen Zeremonie in der Partnerstadt Bremens und Hauptstadt Namibias nahm neben hochrangigen politischen Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Windhoek und der Region Khomas unter anderem auch die Botschafterin der EU in Namibia, Ana Beatriz Martins, teil. Das Waste Buy-Back

Centre ist Teil des Projektes „Verbesserung des Abfallmanagements in Windhoek/Namibia“, das Bremen und Windhoek gemeinsam auf den Weg gebracht haben und von der EU gefördert wird. Insgesamt stehen 2,25 Millionen Euro dafür zur Verfügung. Ziel ist es, zu mehr Abfalltrennung und Wiederverwertung beizutragen und dadurch negative Umweltauswirkungen zu reduzieren sowie gleichzeitig neue Arbeitsplätze zu schaffen. Im Rahmen des Projektes hatten im vergangenen Jahr sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Abfallmanagement der Stadt Windhoek Bremen besucht und sich zwei Wochen lang mit Fachkolleginnen und Fachkollegen aus der Hansestadt ausgetauscht. Antje Grotheer wies in ihrer Rede auf die lange Verbundenheit hin, auf die Bremen und Namibia zurückblicken und die ihren Anfang bereits in den 1970er Jahren nahm. „Uns verbindet eine Partnerschaft, die speziell ist, denn Bremen kooperiert sowohl mit dem Land Namibia als auch auf der Ebene unserer beiden Städte. Das ist in dieser Form einzigartig und zeigt unsere enge Verbindung“, sagte sie.

Info: Senatskanzlei Bremen, Am Markt 21, 28195 Bremen, Tel. 0421 3616132, [office\[at\]sk.bremen.de](mailto:office[at]sk.bremen.de), www.rathaus.bremen.de/partnerschaft-mit-namibia-windhoek-114850

HESSEN

Hessischer Friedenspreis 2023 geht posthum an Vivian Silver

Die kanadisch-israelische Friedensaktivistin Vivian Silver erhält posthum den Hessischen Friedenspreis der Albert Osswald-Stiftung für das Jahr 2023. Zum ersten Mal in der Geschichte wird der Preis posthum verliehen. Seit ihrer Studienzeit setzte sich Silver für ein friedliches Zusammenleben der israelischen und palästinensischen Bevölkerung ein. Sie wurde am 7. Oktober 2023 beim Überfall der Hamas in ihrem Haus ermordet. Der Vorsitzende des Kuratoriums Hessischer Friedenspreis, Karl Starzacher, sagte über Silver: „Der Hessische Friedenspreis würdigt das friedenspolitische Lebenswerk von Vivian Silver und dabei ganz besonders ihre Verdienste um die Aussöhnung zwischen Israelis und Palästinensern. Mit ihren Projekten hat Vivian Silver konkret gezeigt, wie es gelingen kann, die Spaltung durch den gemeinsamen Dialog zu überwinden. Das macht sie posthum zu einer würdigen Preisträgerin des Hessischen Friedenspreises 2023“. Silver engagierte sich in verschiedenen Organisationen. Unter anderem gründete sie die Friedensbewegung „Women Wage Peace“ mit. Darüber hinaus engagierte sich Silver ehrenamtlich im Projekt „Road to Recovery“, bei dem sie palästinensische Patientinnen und Patienten in israelische Krankenhäuser brachte. Der Preis wird am 1. Juli im Landtag in Wiesbaden stellvertretend von Yonatan Zeigen, einem der Söhne von Silver, entgegengenommen.

Info: Hessischer Landtag, Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, Tel. 0611 350306, [pressestelle\[at\]ltg.hessen.de](mailto:pressestelle[at]ltg.hessen.de), www.hessischer-landtag.de/pressemitteilungen/hessischer-friedenspreis-2023-geht-posthum-vivian-silver

Bündnis für Nachhaltigkeit beschließt thematische Neuausrichtung

Das Hessische Bündnis für Nachhaltigkeit hat am 23. April 2024 auf der Sitzung in Wiesbaden eine neue thematische Ausrichtung beschlossen. Zudem wurden drei neue Organisationen (Sportjugend, Landjugend und das Junge Netzwerk Forst) in das Bündnis aufgenommen. Dadurch soll das Gremium verjüngt werden. Landwirtschaftsminister Ingmar Jung begrüßt die thematische Neuausrichtung unter der Überschrift „Jugend und Sport“. Der Minister erhofft sich dadurch neue Ideen und Projekte, um mehr Menschen zu erreichen und sie von den Themen der Nachhaltigkeit zu überzeugen. Die Nachhaltigkeitsstrategie Hessen (NHS) steht als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe unter der Schirmherrschaft des Hessischen Ministerpräsidenten. Die fachliche Leitung der Sitzung des Bündnisses für Nachhaltigkeit übernimmt der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt. Das Hessische Bündnis für Nachhaltigkeit ist das Entscheidungsgremium der Nachhaltigkeitsstrategie und tagt einmal jährlich. Es setzt sich aus Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zusammen. Das Bündnis für Nachhaltigkeit definiert Ziele für die weitere Arbeit und beschließt die Schwerpunktsetzung.

Info: Hessisches Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat, Mainzer Straße 80, 65189 Wiesbaden, Ansprechpartner: Olaf Streubig, Tel. 0611 8151020, [pressestelle\[at\]umwelt.hessen.de](mailto:pressestelle[at]umwelt.hessen.de), www.hessen.de/presse/buendnis-fuer-nachhaltigkeit-hat-eine-thematische-neuausrichtung-beschlossen

NIEDERSACHSEN

Justizpartnerschaft mit Eastern Cape (Südafrika)

Am 23. April 2024 haben Staatssekretär Dr. Thomas Smollich und Vuyani Mapolisa, Leiter des Department of Community Safety aus Südafrika, die Auftaktveranstaltung des gemeinsamen Transferprojekts „Communities That Care (CTC)“ eröffnet. Die Implementierung von CTC im Eastern Cape soll im Sommer beginnen. Die in den 1990er Jahren in den USA entwickelte kommunale Präventionsstrategie wird weltweit eingesetzt. Sie basiert auf regelmäßigen Umfragen bei Kindern und Jugendlichen und soll somit eine individuelle Gewalt-Präventionsstrategie für die jeweiligen Regionen ermöglichen. Auch in Niedersachsen wird CTC

eingesetzt, um Kindern und Jugendlichen ein gesundes und gewaltfreies Heranwachsen zu ermöglichen. Von Mitte Juli bis Mitte August werden zwei niedersächsische CTC-Fachpersonen nach Eastern Cape reisen, um mit ihren südafrikanischen Kolleginnen und Kollegen den Grundstein für die Implementierung zu legen. Niedersachsen und die südafrikanische Provinz Eastern Cape pflegen seit 1995 partnerschaftliche Beziehungen.

Info: Niedersächsisches Justizministerium, Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Am Waterlooplatz 1, 30169 Hannover, Ansprechpartnerin: Verena Brinkmann, Tel. 0511 1205044, [verena.brinkmann\[at\]mj.niedersachsen.de](mailto:verena.brinkmann[at]mj.niedersachsen.de), www.mj.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen

NORDRHEIN-WESTFALEN

Nordrhein-Westfalen baut Beziehungen zu Nordmazedonien weiter aus

Die nordrhein-westfälische Landesregierung verstärkt die kommunalen Kooperationen mit Nordmazedonien. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), unterstützt von der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), begleitet Städte und Gemeinden in beiden Ländern, um Kontakte aufzubauen und gemeinsame Herausforderungen anzugehen. Seit der Partnerschaftsgründung im März 2021 sind zahlreiche gemeinsame Projekte entstanden, insbesondere in Bereichen wie berufliche Bildung, Medien und Landwirtschaft. Zu den Städten, die bereits erste gemeinsame Projekte planen, gehören die Städte Oberhausen und Gostivar sowie Castrop-Rauxel und Kochani. Der Fokus der Zusammenarbeit liegt zunächst auf der Wasserwirtschaft und Fragen des Umweltschutzes. Parallel dazu geht es darum, Kontakte zwischen Menschen herzustellen, etwa im Bildungs- und Kulturbereich. Nordrhein-Westfalen unterstützt Nordmazedonien auf seinem Weg in die Europäische Union. In Deutschland leben 100.000 Personen mazedonischer Herkunft, davon 41.000 in Nordrhein-Westfalen.

Info: Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211 83701, [presse\[at\]stk.nrw.de](mailto:presse[at]stk.nrw.de), www.land.nrw/pressemitteilung/nordrhein-westfalen-baut-beziehungen-zu-nordmazedonien-weiter-aus

Nordrhein-Westfalen und WUS unterstützen Berufseinstieg in Nordmazedonien und Kosovo

Im Rahmen des vom Land Nordrhein-Westfalen geförderten Programms „Career Transition Support North Macedonia“ von World University Service (WUS) nahmen am 13. Mai 2024 mehr als 50 Stipendiatinnen und Stipendiaten von staatlichen Universitäten in Nordmazedonien und aus dem Kosovo ihr Abschlusszertifikat entgegen. Petra Drexler, deutsche Botschafterin in Nordmazedonien, Antje Wandelt, Delegierte der deutschen Wirtschaft, sowie Prof. Dr. Valentin Mirceski, Mitglied der Mazedonischen Akademie der

Wissenschaften und Künste und ehemaliger Stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung verliehen der Veranstaltung besonderen Glanz. Während des sechsmonatigen Programms entwickelten sich die Teilnehmenden von jungen Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen zu gut orientierten jungen Berufsanfängerinnen und -anfängern in ihrem Fachgebiet. Sie absolvierten Praktika in mazedonischen und kosovarischen Unternehmen und Institutionen, begleitet von vertiefenden Schulungen und Seminaren u. a. zu den Themen „Bewerbungstraining“ und „Unternehmensgründung“. Das vom Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen geförderte Programm zielt darauf ab, das große Potenzial junger Akademikerinnen und Akademiker in der Balkanregion zu fördern, um die wirtschaftliche Situation der Länder Nordmazedonien und Kosovo zu verbessern.

Info: World University Service (WUS) e. V., Career Transition Support North Macedonia, Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden, Ansprechpartnerin: Dr. Julia Boger, Tel. 0611 40809694, [boger\[at\]wusgermany.de](mailto:boger[at]wusgermany.de), www.wusgermany.de

Auszeichnungsfeier BNE-Zertifizierung NRW

Unter dem Motto „Weite Welt – so nah(bar)“ hat die BNE-Agentur Nordrhein-Westfalen am 16. Mai im Tierpark Bochum das Engagement von 29 vielfältigen und zertifizierten Einrichtungen geehrt. Zu den Gästen zählten Vertretende von neu BNE-(re)zertifizierten Einrichtungen in NRW sowie Gutachtende und Fachbeiratsmitglieder der BNE-Zertifizierung NRW und weitere Akteurinnen und Akteure. Die Ehrung wurde von Staatssekretär Viktor Haase (Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes NRW) und LANUV-Vizepräsidentin Dr. Barbara Köllner durchgeführt. Der anschließende Impulsvortrag brachte die Teilnehmenden virtuell nach Mexiko. Meike Brenner (Eine Welt-Fachpromotorin für Globales Lernen aus der BNE-Agentur) und Gabriela Morales Aguilar (Dozentin an der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko und Referentin bei Chat der Welten NRW) haben damit spannende, globale Denkanstöße gegeben. Es gab die Gelegenheit, sich zu vernetzen und voneinander zu lernen. Außerdem konnte der Tierpark – als Beispiel einer BNE-zertifizierten Einrichtung mit globalen Bezügen – bei einer Führung entdeckt werden. Mit der Veranstaltung wurden BNE-Aktive erneut zusammengebracht. Die Kolleginnen aus der Geschäftsstelle

der BNE-Zertifizierung freuen sich auf alle, die sich auf den Weg der BNE-Zertifizierung machen.

Info: Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA), BNE-Agentur, Siemensstraße 5, 45659 Recklinghausen, Tel. 02361 3052113, [poststelle\[at\]nua.nrw.de](mailto:poststelle[at]nua.nrw.de), www.bne.nrw/agentur/zertifizierung

RHEINLAND-PFALZ

30 Jahre nach dem Genozid – Ministerpräsidentin Malu Dreyer reist mit Delegation nach Ruanda

Anfang April ist Ministerpräsidentin Malu Dreyer mit einer Delegation aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft in das rheinland-pfälzische Partnerland Ruanda gereist. Die deutschen Gäste nahmen zusammen mit Ruandas Bevölkerung an der Trauerwoche zum Gedenken an die Opfer und Überlebenden des Genozids gegen die Tutsi vor fast 30 Jahren teil – dieser hatte damals rund eine Million Menschenleben gekostet. Außerdem traf sich Ministerpräsidentin Dreyer mit dem ruandischen Präsidenten Paul Kagame und First Lady Jeanette Kagame. Im Zentrum der Gespräche standen das Gedenken, der Stand der Partnerschaft und die Fachkräftegewinnung. Sie vereinbarten ein rheinland-pfälzisch-ruandisches Modell zu entwickeln, um für beide Länder dringend benötigte Pflegekräfte zu gewinnen. Als Teil der Delegation von Ministerpräsidentin Dreyer reiste Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig ebenfalls nach Ruanda und traf sich dort mit dem ruandischen Bildungsminister Gaspard Twagirayezu. „Bildung ist bis heute der wichtigste Schwerpunkt unserer Partnerschaft mit Ruanda“, sagte Ministerin Hubig. Diese Partnerschaft soll weiter intensiviert werden – bisher wurden im Rahmen der Zusammenarbeit über 700 Schulen gemeinsam gebaut, renoviert oder ausgestattet.

Info: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, Tel. 06131 160, [buergerbuerer\[at\]stk.rlp.de](mailto:buergerbuerer[at]stk.rlp.de), www.rlp.de/service/pressemitteilungen

SAARLAND

Faire Cashews aus Benin

Im Rahmen des Vorhabens „Faires Saarland“ wurde eine Fairtrade-Handelspartnerschaft mit Benin aufgebaut. Damit werden die Arbeitsbedingungen vor Ort – vor allem von Mädchen und Frauen – verbessert. „Das Saarland wird erstes Fairtrade-Bundesland. Unser Sinn für Gerechtigkeit geht über die Landesgrenzen hinaus. In ganz unterschiedlichen Bereichen fördern Menschen an der Saar den fairen Handel. Und das funktioniert – denn den Saarländerinnen und Saarländern kommt auch längst nicht alles in die Tüte. Ihnen ist wichtig, dass ihre Produkte unter fairen Bedingungen hergestellt und verkauft werden“, so Ministerpräsidentin Anke Rehlinger. „Auch an unseren Schulen, von denen 19 als Schule der Nachhaltigkeit zertifiziert sind, und an unseren Kitas, die demnächst als Kitas der Nachhaltigkeit zertifiziert werden können, wird der Gedanke des

Fairen Handels mit Leben gefüllt. Mit dem Aufbau einer strategischen Südpartnerschaft in der Republik Benin gehen wir im Saarland nun den nächsten Schritt und nehmen fair gehandelte Produkte in die Werbemittel des Saarlandes auf“, so Bildungsministerin Christine Streichert-Clivot.

Info: Ministerium für Bildung und Kultur des Saarlandes, Trierer Straße 33, 66111 Saarbrücken, Ansprechpartnerin: Katharina Meßinger, Tel. 0681 5016654, [entwicklungszusammenarbeit\[at\]bildung.saarland.de](mailto:entwicklungszusammenarbeit[at]bildung.saarland.de), www.saarland.de/mbk/DE/portale/entwicklungszusammenarbeit/ez-fairer_handel/ez_fairer_handel_node

SACHSEN

Regionalpartnerschaft mit ukrainischer Region Charkiw beschlossen

Der Chef der Staatskanzlei, Staatsminister Oliver Schenk, und der stellvertretende Leiter der regionalen Militärverwaltung Charkiw, Yevhen Iwanow, haben Ende März in Kyjiw den Grundstein für die Einrichtung einer Regionalpartnerschaft gelegt. Sie unterzeichneten eine Absichtserklärung, die den Aufbau einer Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Soziales, Berufsausbildung und Kommunen vorsieht. Ein weiterer Schwerpunkt der Partnerschaft ist der Austausch im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Staatsminister Schenk betonte: „Städte- und Regionalpartnerschaften bringen Menschen zusammen. In den Kommunen, in den Regionen wird die europäische Gemeinschaftsidee aktiv gelebt. Sie leisten einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau und zur Stärkung eines geeinten Europas.“ Sachsen unterstützt die Ukraine seit dem Kriegsbeginn in vielfältiger Weise, darunter durch den Versand von Winterhilfspaketen, Schultafeln und medizinischen Gütern. In Kooperation mit der Hochschule Meißen führte die Sächsische Staatskanzlei Verwaltungsschulungen für geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer in Sachsen durch. Im Koalitionsvertrag beabsichtigt die Staatsregierung, ein Büro in der Ukraine zu eröffnen. Bereits im Jahr 2021 besuchte Staatsminister Schenk die Ukraine und war in Charkiw.

Info: Sächsische Staatskanzlei, Archivstraße 1, 01095 Dresden, Tel. 0351 56410300, [presse\[at\]sk.sachsen.de](mailto:presse[at]sk.sachsen.de), www.medienservice.sachsen.de/medien/news/1074161

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Nachhaltigkeitsziele in der praktischen Landwirtschaft: Eine Interviewreihe

Lea Kleymann vom Projekt „SDG in Schleswig-Holstein“ ist in den letzten Monaten durch Schleswig-Holstein gefahren und hat Landwirtinnen und Landwirte besucht und interviewt. Verarbeitet werden die Besuche in der Reihe „Schweine, Schlepper, SDGs: Landwirtschaft zwischen Tradition & Innovation“ auf dem Blog ZUKUNFT.GLOBAL des Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI). Kernpunkte sind der Umgang mit Nachhaltigkeit der Landwirtinnen und Landwirte und der Schutz von Ökosystemen: „Wie gehen die interviewten Landwirtinnen und Landwirte mit der eigenen Rolle in Bezug auf Nachhaltigkeit um?“ und „Haben die Nachhaltigkeitsziele für sie eine Bedeutung?“ sind dabei nur zwei Fragen, die Lea Kleymann ihren Interviewten stellt. Die Reihe möchte mit Landwirtinnen und Landwirten reden anstatt über sie. Zusätzlich wird auf dem Blog darauf eingegangen, wie die Nachhaltigkeitsziele in die praktische Landwirtschaft implementiert werden können. Außerdem werden die Beiträge durch Informationen über Landbau ergänzt. Die Beiträge des Blogs erscheinen auch als Printausgabe.

Info: Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI) e. V., Sophienblatt 100, 24114 Kiel, Ansprechpartnerin: Lea Kleymann, Tel. 0431 67939902, lea.kleymann@bei-sh.org, www.zukunft.global/inhalte.html, www.bei-sh.org/nachhaltige-entwicklung



IMPRESSUM

HERAUSGEGEBEN VON

World University Service (WUS), Deutsches Komitee e. V.
Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd
Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden
Tel. 0611 9446170, Fax 0611 446489
redaktion-rundbrief@wusgermany.de, www.wusgermany.de

REDAKTION

Dr. Kambiz Ghawami (V. i. S. d. P.), Carlos dos Santos,
Bastian Ivens, Valerie Olbrich, Jan Niklas Simon

GESTALTUNGSKONZEPT & ILLUSTRATION

Haike Boller (verantwortlich),
ansicht Kommunikationsagentur, www.ansicht.com

ABONNEMENT

Der Rundbrief erscheint 4 x pro Jahr. Er ist kostenfrei.
Bestellung per E-Mail an redaktion-rundbrief@wusgermany.de
oder Tel. 0611 9446170.

NACHDRUCK

Unter Quellenangabe erwünscht. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten. Hinweise und Rezensionsexemplare sind erwünscht. ISSN 1430-5488

GEFÖRDERT DURCH

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen Blauer Engel, Bezug frei.

Für den Inhalt der Beiträge ist allein der WUS verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Zuschussgeber des WUS wieder.

Jahresthema 2024:

Menschenwürdige Arbeit für eine nachhaltige Wirtschaft

Die Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd stellt mit ihrem Jahresthema 2024 „Menschenwürdige Arbeit für eine nachhaltige Wirtschaft“ Projekte der Deutschen Länder, des Bundes und der Zivilgesellschaft vor, die sich dem Thema „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“ (Nachhaltigkeitsziel 8) widmen. Wir freuen uns über die Zusendung von Ankündigungen, Berichten und weiteren Meldungen an infostelle@wusgermany.de.
www.informationsstelle-nord-sued.de

EINE-WELT-VERANSTALTUNGSKALENDER

Der bundesweite Eine-Welt-Veranstaltungskalender informiert über Tagungen, Seminare, Workshops, Ausstellungen und Weiterbildungen für Lehrkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Bereich der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit. Senden Sie Ihre Veranstaltungen an infostelle@wusgermany.de.
www.eine-welt-veranstaltungskalender.de